

Sehr geehrter Herr Richter Tiffert, sehr geehrte Anwesende

Es ist mir unangenehm vor Gericht zu sitzen und mich für meine Handlungsweisen rechtfertigen zu müssen. Viel lieber würde ich jetzt an den Spielskulpturen für ein Kinderheim weiter arbeiten, als jetzt hier zu sein. Mein Ausdrucksmittel ist die Bildhauerei und erst viel später die Sprache. Es scheint jedoch ein Merkmal unserer Zivilisation zu sein, dass wer versucht seinem Gewissen entsprechend zu handeln, an irgend einem Punkt in Konflikt mit den Vollziehern der Macht gerät. Dies war schon in der Zeit der zwangs – Christianisierung so und ist zu Zeiten Guantanos nicht anders. Ich werde noch lernen müssen, mit meinem Unbehagen und meiner Aufregung umzugehen. Ich bitte um Nachsicht, wenn mir dies nur unzureichend gelingt. Dieser Prozess soll mir dafür eine weitere Übung sein.

Schon lange vor der Wendezeit engagierten wir uns in zwei Schwerpunkten. Nach 1986 nannten wir unseren Friedenskreis Stendal in Energiewende Stendal um.

Ausschlaggebend für die Schwerpunktverlagerung war die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl verbunden mit der Tatsache, dass 12km von Stendal entfernt seit 1973 das größte Atomkraftwerk Europas gebaut wurde.

Das Neue Forum entwickelten wir zu unserer Plattform, von der wir in die Breite informieren und uns weiter organisieren konnten. Die zahlreichen Repressalien durch Staatssicherheit und Volkspolizei, Drohungen und unzählige oft stundenlange Verhöre und Schwierigkeiten über die Arbeitsstellen nahmen wir auf uns, um unserer Gesellschaft ein naturverträglicheres und menschlicheres Miteinander zu erstreiten. Sicherlich können Sie nachvollziehen, dass die BRD die Attribute einer menschlicheren Gesellschaft, für die wir uns einsetzten, bis heute nicht ausreichend erfüllt.

Für mich war aus der DDR Perspektive der Anschluss der DDR nie erstrebenswert gewesen. In den 80iger Jahren waren über 70% der bundesdeutschen Bevölkerung gegen die atomare Aufrüstung. Die Regierung Schmidt / Genscher ignorierte diese eindeutige Mehrheit und leistete ihren Beitrag, uns alle der atomaren Vernichtung gleich mehrere Schritte näher zu bringen, indem sie Atomraketen stationieren ließ, die auch auf uns gerichtet waren. Trotz dieser offenen Bedrohung verweigerte ich den Wehrdienst mit der Waffe und wurde zu den Bausoldaten eingezogen. Auch damals stand für mich bereits

fest, dass Armeen keinen ernsthaften Beitrag zur Lösung der Menschheitsprobleme leisten können. Die Missachtung klarer Mehrheiten durch die Regierung Schmidt / Genscher hat mir schon damals als Jugendlichen verdeutlicht, das System BRD ist keine demokratische Alternative zum System DDR.

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges war in beiden deutschen Staaten der gesellschaftliche Konsens der, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe. Was ist in den ersten 10 Jahren nach dem Beitritt der DDR mit diesem Konsens geschehen? Ist die gesamtdeutsche Bevölkerung auf einmal kriegsbereiter, als es die geteilten Bevölkerungen gewesen sind? Dies glaube ich nicht, wohl aber scheint es auch dieses Mal nicht auf noch so klare Mehrheiten anzukommen. Fest steht jedoch, dass nur eine Regierung mit den Grünen als Katalysator den Paradigmenwechsel von Nie wieder Krieg von deutschem Boden hin zu dauerhafter Kriegsbeteiligung der Bundeswehr bewerkstelligen konnte. Jede Regierung ohne die Grünen hätte die Straßen mit Protesten gefüllt und sich selbst politisch beerdigt. Dieses Katalysator Sein ist der besondere Verrat der Grünen, den ich ihnen so lange nicht verzeihen kann, solange sie die besondere Schwere ihrer Schuld nicht anerkennen. Auch jetzt setzt sich die jeweilige Bundesregierung egal ob SPD/Olivgrün oder Schwarz/Gelb oder Schwarz/SPD gleichermaßen über klare Kriegsablehnung von deutlichen Mehrheiten hinweg. Unsere derzeit praktizierte Stellvertreterdemokratie scheint stärkere, außerparlamentarische Korrekturen zu benötigen als bisher, um dem Souverän, dem Volk, das ihm vom Grundgesetz zuerkannte Gewicht bei politischen Entscheidungen zurück zu geben. Einen winzigen Beitrag dazu soll dieser Prozess und seine Vorgeschichte leisten.

Seit spätestens 1999 werden in der Colbitz-Letzlinger Heide Angriffskriege vorbereitet, womit die dafür Verantwortlichen unter anderem gegen § 80 StGB verstoßen.

Die Republik Jugoslawien hat weder die Bundesrepublik, noch einen Nato-Verbündeten angegriffen und ist doch innerhalb eines Menschenlebens das zweite Mal von deutschen Soldaten angegriffen und dieses Mal als unabhängiger Staat zerstört worden, was die faschistische Wehrmacht nicht vermocht hat. Die Republik Jugoslawien hatte sich für die Blockfreiheit und ein anderes Wirtschaftsmodell entschieden, als die reine Marktwirtschaft. In Jugoslawien waren die Kernindustrien, wie die Energiewirtschaft, das Finanzwesen, die Schwerindustrie mit den Bereichen Maschinenbau, Fahrzeugbau und die Chemische - und

Pharmazieindustrie in staatlichem Besitz. Der gesamte Bereich der Dienstleistung und des Handwerks waren hingegen in privatwirtschaftlichen Händen. Serbien hat sich aus eigener Kraft erfolgreich gegen die faschistische Wehrmacht verteidigt und anschließend die Republik Jugoslawien sich gegen die Begehrlichkeiten Stalins behauptet. Jugoslawien ist schon lange auf einem eigenen Weg gegangen. Dieser eigene Weg hat allerdings den westlichen Konzernen den ungehinderten Zugang zu seinem Markt verstellt. Dies ist auch der wesentliche Grund dafür, dass unser damaliger Außenminister, Hans Dietrich Genscher (FDP), entgegen den inständigen schriftlichen Bitten des damaligen UN Generalsekretärs, Peres de Cuellar, die einseitige und übereilte Anerkennung der Unabhängigkeit Kroatiens durch Deutschland, vorantrieb. Peres de Cuellar bat um das Warten auf ein gesamt - Europäisches Handeln, um nicht mit dem deutschen Vorgehen die Zündschnur an das Pulverfass zu legen. Es brauchte aber die Zündschnur für den Anlass, um mit den Mitteln der asymmetrischen Kriegsführung unseren Konzernstrukturen den ungehinderten Zugang zum Jugoslawischen Markt frei zu bomben. Dabei verwendete die Nato Streu- und Splitterbomben ebenso wie DU-Munition, die aus Uran 238 gefertigt ist. Nach Ansicht von IPPNW sind Gebiete, in denen diese Munition verschossen worden ist, auf Grund der starken Kontamination mit Uranstaub, anschließend für eine menschliche Besiedlung nicht mehr geeignet. Spätestens hieran ist deutlich zu erkennen, dass es sich bei dem Bombenkrieg der Nato keines Falls um eine „humanitäre Intervention“ handelte.

Die Bundeswehr hat in Jugoslawien gemeinsam mit Nato - Partnern eine Zerstörung und Traumatisierung angerichtet, wie es weder die faschistische Wehrmacht noch die Drohungen Stalins vermochten. Dies müssen wir uns verdeutlichen um zu verstehen und zu bewerten, was in der Colbitz – Letzlinger Heide ständig vorbereitet wird.

Eine Klage verschiedener Anwälte gegen unter anderem den damaligen SPD Bundeskanzler Schröder und seinen olivgrünen Außenminister Fischer wegen der Führung illegaler Angriffskriege ist vom Generalbundesanwalt einfach abgewiesen worden.

Die Abweisung der Klage wurde hauptsächlich damit begründet, dass es keine allgemein anerkannte Definition für einen Angriffskrieg gibt.

Eine angeblich oder tatsächlich fehlende Definition soll das weltweite Töten von Menschen durch Bundeswehrangehörige demnach legalisieren. Diese Rechtsauffassung der Bundesanwaltschaft ist an Menschenfeindlichkeit und Verachtung des Lebens nicht zu übertreffen. Für mich ist dies eine schwere Form der Strafreitelung im Amt und es muss die Zeit kommen, in der dieses Verbrechen aufgearbeitet wird, wenn wir unsere Gesellschaft weiterhin nach rechtsstaatlichen Prinzipien organisiert wissen wollen. Die Erfahrungen mit den Mauerschützenprozessen können dabei vielleicht hilfreich sein.

Das Recht auf ein Leben in Unversehrtheit habe ich immer als ein unteilbares verstanden, was nicht an eine bestimmte nationale Zugehörigkeit gebunden ist

Gilt dieses Recht aus Sicht der Bundesanwaltschaft einzig für Menschen mit einem deutschen Pass oder für Angehörige von EU Staaten oder für Menschen, die einen Pass eines Nato- Mitgliedslandes besitzen?

Wenn es sich tatsächlich bei diesem Grundrecht um ein universelles Menschenrecht handelt, mit welcher Rechtfertigung darf es dann unbestraft zur Durchsetzung wirtschaftlicher und politischer Ziele anhaltend immer wieder gebrochen werden? Hier kann der Vergleich mit dem Gewaltmonopol des Staates im Bezug auf polizeiliche Rechte im Inland keines Falls herangezogen werden, weil die Angehörigen der getöteten Opfer und die vielen verstümmelten Überlebenden keinerlei wirksame Möglichkeit der juristischen Überprüfung von erlittenen Verletzungen und Verlusten von Angehörigen haben. Diese Gewaltakte vollziehen sich für die Opfer willkürlich, in völliger juristischer Unkontrolliertheit und sind somit direkt mit Terror gleich zu setzen. Damit mutierte die Bundespolitik vor unseren Augen die Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer terroristischen Vereinigung.

Ich bekenne mich zu meiner pazifistischen Grundüberzeugung. Damit meine ich allerdings keines Falls ein zusehendes und duldendes Abwarten, sondern das Einmischen und aktive sich Einbringen und schlimmen Entwicklungen sich in den Weg Stellen. Dieses Selbstverständnis des tätigen und eingreifenden Pazifismus führte mich unter anderem mit der letzten Gruppe der „Initiative Frieden am Golf“ im Januar 1991 nach Bagdad. Unser Ziel war es, mit unserer Anwesenheit im angekündigten Einschlaggebiet amerikanischer und britischer Bomben und Raketen deutlich zu machen, das Zielgebiet ist nicht frei. Allein

in Bagdad lebten damals 7,5 Millionen Menschen und davon über 3,5 Millionen Kinder. Sie traf keinerlei Schuld an der Situation und dennoch sollten Bomben auf sie geworfen werden und sie würden die meisten Opfer sein. Am ersten Abend erhielten wir einen verzweifelten Anruf von Petra Kelly, damals Abgeordnete des Bundestages, als die Grünen noch nicht Olivgrün waren. Ihr Mann, Gerd Bastian, verfügte als ehemaliger, ranghoher Bundeswehroffizier über weit reichende Kontakte ins Pentagon. Und sie erklärte uns, dass die Amerikaner drei Szenarien für einen Angriff geplant hätten, zwischen denen sie sich noch nicht entschieden hätten und von denen eines in den nächsten Stunden beginnen würde. Eine der drei Varianten sah vor, Bagdad mit mehreren Atomsprengköpfen einzuäschern und wir sollten uns ernsthaft überlegen, ob wir nicht unverzüglich das Land verlassen wollten. Die irakischen Ansprechpartner boten uns sofortige Rückflugmöglichkeiten an.

Vielleicht können Sie sich in unsere damalige Situation hinein fühlen. Wir hatten Todesängste und gingen von der realen Möglichkeit aus, atomar bombardiert zu werden und bekamen angeboten, dem zu entkommen. Wir begannen unsere Handlungsoptionen abzuwägen. Wenn wir fliehen würden, würden wir die Menschen in Bagdad, darunter über 3,5 Millionen Kinder, zum atomaren Abschuss freigeben und wir würden das Signal setzen, gewaltfreie Aktionen lassen sich durch die Androhung von Brutalität auflösen, was verheerend für das Ringen um zivile Konfliktlösung gewesen wäre. Wir alle hatten uns darauf vorbereitet, möglicherweise bei unserem winzigen Versuch, uns dem Krieg in den Weg zu stellen, getötet zu werden. Die Drohung mit der Atombombe hatte trotzdem eine nicht zu beschreibende, fast irrationale, Steigerung unserer Todesängste zur Folge. Wir durften das Fluchtangebot nicht annehmen und erlebten dann in der Folge zwei Wochen den angeblich „chirurgisch sauberen“ Luftkrieg gegen unter anderem die einzige Fabrik für Babynahrung in der ganzen Region, ein Kinderkrankenhaus, Stromversorgung und Wasserversorgung und fast alle Einrichtungen, die die Menschen zum Überleben in einer Wüstenstadt benötigen. Es wurden selbst die Palmenhaine bombardiert, die Bagdad vor dem Wüstensand schützten.

Ich wünsche mir als Ideal eine herrschaftsfreie Gesellschaft. Ich selbst lehne für mich militärischen Schutz ab, weil ich ihn für unmoralisch und langfristig immer unwirksam halte. Dennoch steht es mir nicht zu, auch von allen anderen Menschen den Verzicht auf militärischen Schutz zu verlangen. Wohl aber erwarte und verlange ich von all jenen, die

militärischen Schutz für sich in Anspruch nehmen möchten, dass sie dafür verantwortlich Zeichnen. Damit meine ich, dass all jene beständig sehr genau darauf achten müssen, dass ihr militärischer Schutz nicht zur Bedrohung für andere wird, die uns niemals angegriffen haben. Und genau dieses verantwortlich Zeichnen erlebe ich viel zu wenig.

Alle bisherigen Kriege mit Bundeswehrebeteiligung wirken vor dem Hintergrund der von der Politik vorgeschobenen Kriegsziele und vor dem universellen Recht auf ein Leben in Unversehrtheit völlig unlogisch und sind weder zu begründen noch zu rechtfertigen.

Meine DDR Sozialisation und die von vielen meiner Freunde und mir auf uns genommenen Risiken in der politischen Auseinandersetzung mit den damaligen Entscheidungsträgern führen zwangsläufig zu einer genauen Beobachtung der heutigen politischen Situation.

In der DDR gab es eine Vielzahl sehr progressiver Gesetze. Beispielhaft auch für heutige Maßstäbe möchte ich das damalige Landeskulturgesetz nennen. Es zählte zu den strengsten Umweltschutzgesetzen weltweit. Wie die Umwelt in der DDR durch die Industrie geschädigt wurde, wissen wir alle. Dieses Gesetz hatte offiziell Gültigkeit, nur seine Wirksamkeit zum Schutz unserer Um- und Mitwelt entfaltete es nicht. Es entfaltete ähnliche Wirksamkeit, wie der § 80 StGB, der die Vorbereitung und das Führen von Angriffskriegen unter hohe Strafen stellt.

In der DDR mussten wir immer wieder erfahren, dass die Rechte der einzelnen, konkreten Person (die Individualrechte) stets den vermeintlich hehren Zielen des Systems untergeordnet worden sind. Es existierte in einer Auseinandersetzung eines konkreten Menschen mit den Inhabern der Interpretationshoheit der DDR kein Schutz der Einzelperson vor staatlicher Gewalt und Willkür.

Wie stellt sich die Situation bei der Betrachtung der Opfer des von Herrn Klein befohlenen Verbrechens in Kundus dar oder die Situation der Kinder und ihrer Angehörigen, die in dem voll besetzten Schulbus saßen, der von einem deutschen Soldaten in Belgrad in die Donau gebombt wurde? Mir ist nicht bekannt, dass der Kampfpilot oder Herr Klein sich für ihren vielfachen Mord vor Gericht verantworten mussten. Hier gibt es die dramatische Parallele, dass der Schutz des konkreten, einzelnen Menschen vor staatlicher Gewalt und

Willkür zu Gunsten irgend welcher nebulöser, hehrer Ziele außer Funktion ist. Und zur Verhöhnung seiner Opfer und aller rechtsstaatlichen Grundsätze wurde Herr Klein nicht nur nicht vor Gericht gestellt, sondern die Bundeswehrführung beförderte ihn auch noch in den Generalsrang. Was muss noch geschehen, damit diese Ungeheuerlichkeiten Ihren rechtlichen Schutz verlieren? Ein großer Teil dieser in jedem Krieg ähnlich sich wiederholenden Ungeheuerlichkeiten beginnt derzeit in der Colbitz-Letzlinger Heide. Was muss noch geschehen, damit auch nach Ihrer Ansicht Herr Richter Tiffert, diese Ungeheuerlichkeiten den vermeintlichen Anspruch auf rechtlichen Schutz verlieren?

Dieser Zustand ist mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht vereinbar, er markiert einen weiteren Meilenstein auf dem Weg weg vom bürgerlichen Rechtsstaat hin zu einer Gesellschaft, die die individuellen Grundrechte einzelner konkreter Menschen anderen Zielen unterordnet. Und genau die Preisgabe der Individualrechte kennzeichnet Diktaturen.

Das Unterordnen der individuellen Grundrechte einzelner konkreter jetzt lebender Menschen unter das Recht unserer Konzerne auf ungehinderten Zugang zu Rohstoffen und Märkten auf der ganzen Welt, wird alltäglich in der Collbitz – Letzlinger Heide vorbereitet.

Ein weiteres konkretes Beispiel: Die Kommando Spezialkräfte (KSK) haben sich in der Colbitz-Letzlinger Heide auf ihren Krieg in Afghanistan vorbereitet. In Afghanistan zählte zu ihren Aufgaben, Menschen zu bewachen, die von der amerikanischen Armee festgenommen wurden und anschließend nach Guantanamo verschleppt und gefoltert worden sind. Überlebende berichteten, dass sie in Guantanamo an Händen und Beinen gefesselt und mit dem Kopf abwärts auf eine schiefen Ebene fixiert worden sind. Dann wurde ihnen so lange Wasser langsam in die Luftröhre gefüllt, bis sie erstickt waren. Der anwesende Arzt führte dann die Wiederbelebung durch, was manchmal gelang. Nach erfolgter Wiederbelebung ging die Folter dann von vorn los, bis der Gefolterte alles zugab, was er zugeben sollte. Und diese Folter ist nur eine in einer langen Reihe so genannter harter Verhörmethoden der amerikanischen Armee, Geheimdienste und sogenannter privater Sicherheitsfirmen.

Gibt es eine Rechtfertigung für diese Abscheulichkeit und gibt es eine Rechtfertigung

dafür, diese Abscheulichkeit zu unterstützen? Die Unterstützung dieser Verbrechen ist in der Colbitz-Letzlinger Heide mit den KSK Soldaten vorbereitet worden. Wer dies untätig zur Kenntnis nimmt, macht sich selbst zum Teil des Verbrechens.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Kriegsvorbereitungen auf einem privat genutzten Gelände stattfinden. Als Betreiberin fungiert unter anderem der Rüstungskonzern Rheinmetall. Dieser Konzern hat schon bei der Vorbereitung und der Führung des Zweiten Weltkrieges große „Verdienste“ erworben. Auch diese Kontinuität ist mit logischem Denken und auch nur rudimentär ausgebildeten empathischen Fähigkeiten nicht nachzuvollziehen.

Ich glaube Frau Merkel meint genau dies mit dem von ihr geprägten Begriff der „marktkonformen Demokratie“, namentlich die Unterordnung der universellen Menschenrechte unter Konzerninteressen. So wie sie in der DDR eine willige Erfüllungsgehilfen der tatsächlich Mächtigen gewesen ist, so spielt sie die gleiche Rolle heute noch immer erfolgreich. Wie ähnlich doch Macht systemübergreifend Menschen formt und verdirbt.

Und die Entwicklung schreitet voran. Als nächste Stufe soll nun eine Geisterstadt mit dem Namen Schnöggersburg zum Trainieren von Kriegen in Städten in unsere Heide betonierte werden. Die Stadt soll fast der Größe Stendals entsprechen und als erste Stadt in Sachsen-Anhalt über einen U- Bahnhof verfügen. Diese Geisterstadt wird mit veranschlagten 100 Millionen Euro die größte unzersiedelte Fläche Mitteleuropas weiter verwüsten und zerstückeln. Als Begründung werden künftige Kriege in Städten und Aufstandsbekämpfung als weitere Aufgaben von Bundeswehr und Nato benannt. Die Politik bereitet sich also darauf vor, künftigen Krisen nicht mit Interessenausgleich und Stärkung des Rechts (also mit politischen Mitteln) zu begegnen, sondern mit Blut und Eisen. Auch hier eine deutliche Abkehr von rechtsstaatlichen Strukturen, verbunden mit einer Hinwendung zur Diktatur.

An dieser Stelle möchte ich Terrorismus definieren.

Terrorismus ist die Bereitschaft, politische oder wirtschaftliche Ziele auch mit dem Verstümmeln und Töten von Menschen durchzusetzen. Gegen diese Definition wird es keine vernünftigen Argumente geben. Erschreckend trifft diese Definition auf die Außen-

und Sicherheitspolitik der BRD seit 1999 uneingeschränkt zu. Kriegsgründe beschreibt die Bundespolitik mit kolonial-wirtschaftlichen Zielstellungen.

Die Vorbereitungen von Angriffskriegen in der Colbitz – Letzlinger Heide sind geeignet, die Menschen in Jugoslawien, in Afghanistan, im Irak und in vielen anderen Teilen der Welt zu der nachvollziehbaren und logischen Überzeugung zu berechtigen, ihre Länder lassen sich wenn überhaupt, dann an der Elbe und in Berlin verteidigen. Dass diese Ansicht auch von der Bundesregierung geteilt wird, lässt sich leicht bei einem Blick einige Monate zurück erkennen. Damals versuchten mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizisten, öffentlich gut sichtbar, zusätzlich zu den sonst üblichen Sicherheitskräften, Regierungs- und Parlamentseinrichtungen in Berlin und in anderen Orten zu schützen. Die Angst, die zu diesem martialischen Auftritt Veranlassung gegeben hat resultiert aus der Erkenntnis, dass wir zu legitimen Angriffszielen von Menschen geworden sind, denen die Bundeswehr schlimmstes Leid angetan hat. Der Krieg kehrt irgend wann immer zu seinem Ursprung zurück. Die sogenannte asymmetrische Kriegsführung bezeichnet den kriegerischen Überfall auf Länder, die sich militärisch nicht wehren können, weil ihre Armeen zu schwach sind, dem Aggressor wirksam widerstehen zu können. Was bleibt derartig überfallenen Ländern anderes als der Partisanenkampf, wenn sie es nicht schaffen der scheinbaren Logik von Gewalt und Gegengewalt zu enttrinnen. Nur dass diese Partisanen heute von unseren Regierungen Terroristen genannt werden.

Hier möchte ich darauf verweisen, dass wir Zivilgesellschaften der Nato-Staaten von der Befreiung der Unlogik von Gewalt und Gegengewalt am weitesten entfernt sind. Wir zählen zu den gewalttätigsten und zerstörerischsten Aggressoren, die die Menschheit bisher hervorgebracht hat. Immer mehr Menschen außerhalb der NATO werden uns in immer stärkerem Maße aus guten Gründen hassen lernen, wenn wir diese Entwicklung nicht stoppen und umkehren.

Ich teile nicht die Ansicht, dass die freie Interpretation der Rechtslage um die Colbitz-Letzlinger Heide von Sachsen-Anhaltischer Landesregierung und Bundesregierung die einzig mögliche ist. Unsere damalige Landesregierung hat den Konflikt mit der Bundesregierung für uns und unsere Kinder gescheut. Eine Folge dieser Unterlassung ist eine anhaltende Abwanderungswelle vieler, gerade junger Menschen aus Sachsen – Anhalt. Meine Verantwortung auch für meine Kinder darf die nicht erfolgte Wahrnehmung

unserer Interessen durch unsere Landesregierung nicht entlasten.

Rheinmetall geht davon aus, dass ihr Erbe aus faschistischer Nutzung rechtens ist. Ich gehe davon aus, dass schon durch den 2plus4 Vertrag eine Nutzung wie die derzeitige ausgeschlossen ist. Voraussetzung für den Anschluss der DDR an die BRD war die vertragliche Zusicherung, dass die ehemalige innerdeutsche Grenze zu keinem Zeitpunkt von Nato-Truppen übertreten wird. Die Spitzfindigkeit der Bundespolitik bei der Unterscheidung in stationierte und übende Truppen ist ein willkürlich und an den Haaren herbei gezogener Betrug. Wir haben es bei dem Missbrauch der Colbitz-Letzlinger Heide durch Rheinmetall auch zusätzlich noch mit einem offenen Bruch des 2plus4 Vertrages zu tun. Folglich müsste die Zuständigkeit unabhängig vom Heidekompromiss beim Landesforstamt und nicht bei Rheinmetall oder der Bundesregierung liegen und die Betretensregeln durch das Landesforstgesetz festgelegt sein.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Darstellung durch die Wehrbereichsverwaltung Ost als pure Anmaßung.

Rheinmetall missbraucht unsere Heide auf der Basis eines nicht entschiedenen Rechtsstreites, er ruht zur Zeit lediglich in Form einer politischen Verabredung zwischen PolitikerInnen, die schon lange nicht mehr die Interessen ihrer WählerInnen vertreten. Durch ein ordentliches Gericht ist diese Übereinkunft nach meiner Kenntnis bisher nicht überprüft worden.

Ich fasse noch einmal zusammen:

1. Verstößt die derzeitige Nutzung unter anderem gegen den 2plus4 Vertrag, den Artikel 26 GG, den §80 StGB und mehrere Inhalte des Völkerstrafrechts. Und jede Person, die von diesen offenen Rechtsbrüchen Kenntnis erlangt, ist gehalten, nach Möglichkeiten zu suchen, diese zu beenden. Wer dies wissentlich unterlässt, macht sich nach meiner Auffassung strafbar. Es handelt sich hierbei keines Falls um Bagatelldelikte, sondern um schwerste Straftaten.
2. Bin ich gezwungen, die militärische Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide so lange unter anderem auch durch die vorsätzliche Nichtbeachtung des unberechtigt

erhobenen Betretensverbotes zu behindern, so lange die Bundeswehr andere Länder überfällt, die weder uns noch einen Verbündeten angegriffen haben, dort Menschen ermordet und damit schwerste Verbrechen begeht. Das Betreten der Colbitz-Letzlinger Heide ist ein geeignetes Mittel, den Übungsbetrieb und damit die Vorbereitung von illegalen Aggressionskriegen effektiv zu behindern, besonders wenn immer mehr Menschen beginnen, ebenso verantwortlich zu handeln.

Sollte ich den Betretensverboten gegenwärtig nachkommen, würde ich große Schuld auf mich nehmen, indem ich wissentlich die Vorbereitung schwerster Verbrechen geschehen lasse, ohne das mir Mögliche dagegen zu tun. Mit Blick auf die Zeit des Nationalsozialismus und der Gewissheit, dass die damaligen Verbrechen nur durch die schweigende Duldung viel zu vieler Menschen möglich gewesen sind, verbietet sich derartige Unterstützung durch Unterlassung von selbst. Sie sehen also Herr Richter Tiffert, auf Sie kommt die Entscheidung zu, entweder meiner Argumentation zu folgen und meine Gewissensentscheidung als angemessen zu bewerten und mich frei zu sprechen oder eine sehr hohe Strafe zu verhängen, wohl wissend, dass diese ihre beabsichtigte Wirkung verfehlen muss, da auch eine noch so hohe Bestrafung meiner Person nicht dazu geeignet ist, die von mir dargestellte Regierungskriminalität zu beenden. Von daher kann eine Bestrafung meinen bestehenden Gewissenskonflikt nicht auflösen und darf mich folglich auch in Zukunft nicht vom Betreten und Befahren der Colbitz-Letzlinger Heide abhalten. So klar und einfach entfaltet gewaltfreier, ziviler Ungehorsam seine Kraft und führt staatliche Repression an ihre Wirksamkeitsgrenze. Ich wünsche mir, dass Sie Herr Richter Tiffert von nun an, an meinem Gewissenskonflikt teil haben.

Sollte die Politik es vermögen, die Bundeswehr wieder von der derzeitigen terroristischen Vereinigung in eine Verteidigungsarmee zurück zu entwickeln, hätte ich keinen Grund mehr, die Betretensverbote der Colbitz-Letzlinger Heide zu missachten, obwohl ich für meine Person militärischen Schutz ablehne und die militärische Nutzung unserer Heide bedauern würde.

So lange dies nicht der Fall ist, kann ich nur so oft wie möglich dazu aufzurufen, die Betretensverbote vorsätzlich zu missachten und so den Übungsbetrieb und die damit verbundene Verbrechensvorbereitung zu behindern. Wer dies nicht tut, nimmt schwere

Schuld auf sich und hat es versäumt, aus der Zeit des Nationalsozialismus Lehren zu ziehen.

Schlusswort:

Alle Generationen vor uns wussten, dass nach ihrem Tod ihre Kinder und Kindeskinde leben werden. Im atomaren Zeitalter wissen wir das nicht mehr. Wenn wir weiterhin nach den alten Mustern leben, mit Wachstumszwang, mit Krieg und seinen Siegern und Besiegten, könnten wir erstmals die Zukunft für die Menschheit streichen. Es ist höchste Zeit in der modernen, vernetzten, globalisierten Welt die Jahrtausende alten Friedenssehnsüchte aller großen Religionen zur Richtschnur unseres Handelns zu machen. Die Armeen dieser Welt werden dabei nur eine marginale Rolle spielen. Unseren Regierungen können wir diesen Wandel nicht allein überlassen, sie sind damit überfordert und benötigen dafür eine wache und engagierte, außerparlamentarische Begleitung, die von friedensethischen Grundüberzeugungen getragen ist.